

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 19 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelbarer Postentgelt

Berlin, 14. Mai 1926

Protest-Erklärung des Gewerkschaftsbundes.

Der Ausschuss der deutschen freien Gewerkschaften nahm am 7. Mai Stellung zu den jüngsten Ereignissen. Zu der Flaggenverordnung wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Der Bundesausschuss erhebt namens der Millionen organisierter Arbeiter einmütig den entschiedensten Protest gegen die neue Flaggenverordnung, die gegen den Sinn und Wortlaut der Verfassung die Monarchistensahne wieder aufleben lassen und die Fahne der Republik herabziehen soll.“

Dass mit der Verwirklichung dieses monarchistischen Strebens gerade im Ausland begonnen wird, zeigt deutlich die Absicht, der deutschen Republik einen Schlag zu versetzen und muß zur Folge haben, daß das mühsam wiedererlangte Vertrauen des Auslandes zu der Aufrichtigkeit der Friedenspolitik Deutschlands wieder zerstört wird.

Die Gewerkschaften haben durch ihre internationalen Verbindungen in den letzten Jahren in hohem Maße dazu beigetragen, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem ehemals feindlichen Ausland und dem deutschen Volke wieder herbeizuführen. Sie protestieren deswegen laut und entschieden dagegen, daß ihnen durch die Herabziehung der Zeichen der Republik dieser Erfolg wieder vernichtet werden soll.

Gegenüber diesem Streich der Regierung geloben die Gewerkschaften aufs neue ihre unwandelbare Treue zur republikanischen Verfassung des neuen Deutschlands und ihre feste Entschlossenheit, allen reaktionären Gelüsten die geschlossene Macht der Arbeiterschaft entgegenzustellen.

Dann nahm der Bundesausschuss Stellung zu dem Kampf der englischen Gewerkschaften und dessen finanzieller Unterstützung durch die deutschen Gewerkschaften.

Es wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

„Der Bundesausschuss erklärt einmütig seine volle Bereitwilligkeit, die englischen Gewerkschaften in der erfolgreichen Durchführung ihres großen Kampfes nach Möglichkeit zu unterstützen. In der Erkenntnis, daß der Ausgang des Kampfes auch auf die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft entscheidenden Einfluss haben kann, ruft der Bundesausschuss die Arbeiter Deutschlands auf, trotz der eigenen schwierigen Lage ihr Bestes zu tun, um den englischen Arbeiterbrüdern Hilfe zu leisten und so auch in diesem Falle die altbewährte internationale Solidarität durch die Tat zu beweisen.“

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die von ihm vorbereitete allgemeine Sammlung schnellstens zur Durchführung zu bringen. Die Ortsausschüsse des DGB im ganzen Reich werden verpflichtet, die für diesen Zweck bestimmten Sammellisten des Bundes diesen Zweck bestimmten Sammellisten des Bundes sofort in Umlauf zu setzen. Andere Sammellisten als diejenigen des DGB sind in jedem Falle zurückzuweisen.

Alle Gelder sind zwecks Uebersmittlung an den DGB an die Bundeskasse des DGB in Berlin abzuliefern.“

Der amnestierte Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklärte im Namen seines Vorstandes, daß seine Organisation diesem Beschluss beitrete und ihre Mitglieder auffordern werde, auf die vom Bundesvorstand herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen.

Es bedarf kaum noch des Hinweises, daß diese Beschlüsse einer solchen Situation gegenüber eine Selbstverständlichkeit sind und unsere wärmste Befürwortung finden.

Wir sind auch davon überzeugt, daß unsere Freunde, Funktionäre und alle Verbandmitglieder ihre ganze Energie aufbieten werden, um die Sammlungen so schnell wie möglich vorzunehmen und so erfolgreich zu gestalten, wie dies das unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Der Hauptvorstand.

Generalfreit in England.

Am 4. Mai ist durch den Generalfreit der Gewerkschaften ein Kampf proklamiert worden, der wohl keinesgleichen bisher noch nicht in der Welt hatte. Die Ursachen liegen in dem Verzicht, die Arbeitszeiten zu verlängern und die Lebenshaltung der englischen Bergarbeiter durch Lohnabzüge herabzubringen. Die Schuld an dem Zustand dieses Riesenkampfes trifft die Unternehmer und die Regierung gleichermaßen. Die Nachrichten über die Wirkungen des Generalfreits auf die englische Wirtschaft laufen je nach der politischen Tendenz der Tageszeitungen sehr verschieden. Die bürgerlichen Nachrichten suchen den Generalfreit zu erwecken, als ob alles ohne sichtbare Störungen im Wirtschaftslieben weitergeht, infolge der Abwehrmaßnahmen der Regierung. Die Arbeiterpresse hin-

gegen meldet, daß die Streikparole mit nur geringen Ausnahmen allgemein befolgt wird. Der Eisenbahnerstreik ruht, die Zeitungen erscheinen nicht. Die deutsche Unternehmerpresse ist bemüht, den Anschein zu erwecken, als ob der englische Bergarbeiterstreik letzten Endes nur bezweckt, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltkohlenmarkt tödlich zu treffen, und als wenn Unternehmer und Arbeiter in England dieses Ziel gemeinsam erstrebten. Diese Darstellung soll wahrscheinlich bezwecken, daß die deutschen Bergarbeiter den englischen in den Rücken fallen. In Wirklichkeit werden sich die deutschen Arbeiter in ihrer Gesamtheit durchaus solidarisch mit den kämpfenden Arbeitern Englands verhalten. Das ist so selbstverständlich, daß es nicht besonders betont zu werden braucht.

Von der Regierung und von den englischen Unternehmern wird der Fall so dargestellt, als ob durch den Generalfreit die Verfassung und alle Freiheiten gefährdet seien. Die Gewerkschaften wollten die Regierung beiseite schieben und sich selbst an ihre Stelle setzen. Wenn es wirklich so weit wäre, könnte es nur nützlich sein; sicher würden die Gewerkschaften eine solche einseitige Wirtschaftspolitik treiben wie die nur auf Gewinn eingestellten herrschenden Kreise von heute.

Ueber die Geldmittel, die den Streikenden zur Verfügung stehen, ist nichts Bestimmtes bekannt, doch sollen sie in der Lage sein, vier bis fünf Wochen mit eignen Mitteln auszukommen. Die Gewerkschaftsinternationale Amsterdam soll über 200 Millionen Gulden verfügen können und schließlich ist ja auch der Bestand der Gesamtgewerkschaften nicht zu unterschätzen.

Es käme dann noch in Betracht, wie sich das organisierte internationale Unternehmertum zu diesem Kampfe stellt. Was sich in England entwickelt, kann sich leicht zu einem allgemeinen Riesenkampf ausweiten zwischen Kapital und Arbeit auf dieser Erde.

Wie lange dieser Kampf dauern wird, ist schwer zu sagen. Es sind Ansichten geäußert worden, in einer Woche müßte er zu Ende sein. Dem steht entgegen die Hartnäckigkeit der Unternehmer und ihrer Regierung und der Umstand, daß angeblich die englische Industrie, die Eisenbahn und die Kraftwerke mindestens für einen Monat mit Kohlen eingebekkt sind. Weiter kommt es darauf an, ob es gelingt, mit der „Rothhilfe“ die Nahrungsmittelzufuhr intakt zu halten und die sonstigen notwendigen Arbeiten zur Versorgung der Bevölkerung zu verrichten.

Rat hat schon ausgesprochen, daß der tägliche Lohnausfall der Streikenden 5 Millionen Pfund Sterling beträgt, und der Verlust der Unternehmer resp. der Wirtschaft wird mit 13 Millionen Pfund beziffert.

Am 5. Mai hat die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands bereits den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgefordert, die deutsche Arbeiterschaft zum Generalfreit aufzurufen. Die Schätzmänner und Hecker müssen sich natürlich immer als Vormünder und Wegweiser der deutschen Arbeiterschaft gerieren, anders tun sie es nicht.

Selbstverständlich haben die Spitzen der Gewerkschaftsverbände sofort Stellung zu den Vorgängen in England genommen, um die notwendigen Unterstützungsmassnahmen zu veranlassen. Die Internationalen Bureaus in Amsterdam, die Internationalen Bureaus der Berg- und Transportarbeiter haben sofort Sitzungen einberufen, um Stellung zu nehmen.

Selbstfalls ist die Sache es schon wert, daß alles, was getan wird, vorher sehr reiflich überlegt wird. Die SPD-Männer tragen keine Verantwortung für Ausgang und Folgen impulsiver, gefühlsmäßig angeregter Handlungen. Von den verantwortlichen Führern großer Organisationen muß man erwarten, daß sie den Verstand und nicht das Gefühl entscheiden lassen bei ihren Entschlüssen.

Zur Bewegung in England selbst müssen sich unsere Leser durch die Tagespresse laufend informieren. Dabei ist zu beachten, daß die bürgerlichen Zeitungen meist ungünstiges für die Arbeiterschaft zusammenfassen. Deshalb muß man auch die Arbeiterpresse lesen und alles kritisch gegeneinander abwägen.

Die englische Regierung sucht, wie schon bemerkt, den Kampf der Gewerkschaften als eine Aktion hinzustellen, die sich gegen die Verfassung richtet und den völligen Umsturz aller Ordnung begreift. Die Gewerkschaften sagen: Uns ist der Kampf aufgegeben worden, denn die Bergherren wollen die Schichtzeit von 7½ auf 8½ Stunden verlängern und die Tariflöhne um 13 Prozent herabsetzen. Die Regierung versteht sich auf ihr Ultimatum, erst dann Verhandlungen, wenn der Streikbeschluss zurückgenommen ist. Darauf können die Gewerkschaften natürlich nicht eingehen, daher wird der Kampf bis zum Ende geführt werden müssen. Die englische Regierung hatte den Bergherren, deren Förderungsanlagen zum großen Teil technisch gänzlich veraltet sind und daher unrentabel, Subventionen resp. Zuschüsse gewährt. Diese wurden nun zurückgezogen und die Bergwerksbesitzer antworteten mit Schichtverlängerung und Lohnreduktionen.

Aus allen Ländern liegen bereits Solidaritätserklärungen mit den Kampfenden vor, man darf annehmen, daß diese sich nicht nur in wohlfeilen schönen Worten erschöpfen, sondern auch in Taten betunden werden.

Zwischen Streikenden und Polizei ist es bereits mehrfach zu schweren Zusammenstößen gekommen, bei welchen die Polizei rücksichtslos vorgegangen ist und besonders von den Gummistülpeln Gebrauch gemacht hat.

Von den Auswirkungen des Streiks auf den weltwirtschaftlichen Verkehr wird auch allerlei von eingetretene Störungen berichtet. Die Transportarbeiter weigern sich, Lebensmittel zu befördern, die als Luxusartikel betrachtet werden; so wurden 200 Eisenbahnwaggons neuer spanischer Kartoffeln von der Beförderung ausgeschlossen. Selbstverständlich wird die Beförderung englischer Schiffe mit Kohle sowie die Anmusterung von Mannschaften, soweit deutsche Häfen in Betracht kommen, verhindert werden. Die Bergarbeiterverbände haben beschlossen, daß keine Ueberschichten verfahren werden dürfen. Vor allem muß die Einfuhr von Brennstoffen nach England verhindert werden.

Regierung und Schwarzrotgold.

„Wieder eine Dummheit!“ schrieb das „Berliner Tageblatt“ am 6. Mai, als die Reichsregierung der Flaggenverordnung die Zustimmung erteilt hatte. Die Regierung lasse konsequent keine Gelegenheit vorbegehen, die sich bietet, um irgendeine Dummheit zu machen. In der Tat, es hat den Anschein, als ob die derzeitige Regierung alles auszubieten versuche, um die Weltanschauungen im Volke aufzuspüren und in Wallung zu bringen. Nachdem die großen Parteien vergeblich gegen die Verordnung protestiert hatten, ist es am 5. Mai zu machtvollem Protestdemonstrationen gekommen. Es wurde allgemein gefordert, daß diese Regierung verschwinden müsse. Es ist überhaupt ein Konzeß, daß neben den Reichsflaggen Schwarzrotgold für Marine und Handelschiffahrt die schwarzweisse rote Flagge beibehalten wurde. Daraus sind eben alle die Weiterungen entstanden, die nun seit Bestehen der Republik ständig wiederkehren und die Eingetrigt führen.

Das ist freilich auch nur ein Beweis dafür, daß die Befürworter der Beibehaltung von Schwarzweißrot schon damals den Hintergedanken gehabt haben müssen, diese Farben über kurz oder lang wieder aufleben zu lassen. In solchen Verwüchsen hat es nicht gefehlt, doch die Verordnung Hindernisse übertrifft doch zweifellos alles, was bisher darin getrieben wurde. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten sind gegen diese Verordnung, und man darf darauf gespannt sein, ob sie ernsthafte Schritte unternehmen, um die Provokation zurückzuweisen.

Uebrigens scheint die Regierung noch mehr solcher Uebergriffe vorzubereiten. Es verlautet, daß geplant sei, alle Verammlungen wieder durch Polizeibeamte überwachen zu lassen, wie es in der Vorkriegszeit war. Es fehlt dann nur noch, hinter jedem Arbeiter einen „Detektiv“ heraufzuschicken, der jedes Wort mitlert, das dieser etwa äußert.

Am 6. Mai hat Scheidemann mit der Luther-Regierung im Reichstag abgerechnet, und die sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der Auskunft verlangt wird über die Beweggründe, die den Reichsfanzler veranlaßt haben, die Flaggenverordnung gegenzuzeichnen. Außerdem hat die Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht.

Der Reichstag hat das Entzugsgesetz abgelehnt, und zwar alle Teile. Der Gesetzentwurf geht an die Regierung zurück, die nunmehr nach der Verfassung den Volksentscheid vornehmen lassen muß. Der Volksentscheid wird voraussichtlich an einem Sonntag im Juni vorgenommen werden. Da 20 Millionen Stimmen erforderlich sind, muß alles mobil gemacht werden, was gegen den Fürstenraubzug auf die Beine gebracht werden kann. Hoffentlich tritt in dieser wichtigen Frage das deutsche Volk einmal geschlossen in seiner großen Mehrheit auf den Plan und befundet, daß es nicht gewillt ist, den Fürsten, die jeden Gemeinwohl vernichten lassen, ihre Forderungen zu bewilligen.

Auf zum Volksentscheid gegen die Ansprache der Fürsten, gegen die Monarchisten, für die deutsche Republik!

Die Tarifvertragsverhandlungen in der deutschen Lederwarenindustrie.

Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der deutschen Lederwarenindustrie fand schon seit mehr als fünfundsiebzig Jahren ihren Niederschlag in selbstgeschlossenen und auf Grund von Erfahrungssachen aufgebauten Tarifverträgen. Im Herbst vorigen Jahres haben wir zuletzt den Entwicklungsgang unseres Tarifwesens in dieser Industrie des Näheren geschildert.

UNSERE JUGEND

Liebe.

Das Höchste und Heiligste, das Menschen zu erlösen und zu erziehen vermögen, sollen sie zusammen in den einen Begriff Liebe. Es ist nicht ein Mensch, der sich diesem Höhen und Heiligen entwinden kann. Und ist es der roheste, er hat Stunden, in denen er etwas von dem Zauber der Liebe fühlt.

Aber Liebe ist nur Gedante. Liebe ist nur das Ergebnis einer Philosophie, der sich der Mensch in stillen Feiertagen einmal hingibt. Liebe wird höchstens zu einem Broten, den man dem Weiler schenkt. Im übrigen ist das Leben von ganz anderem Geiste beherrscht. So ganz anders ist dieser Geist, der das Leben bestimmt, daß Liebe in ihm fast etwas Komisches hat und daß man den gar belächelt, der da Leben und Liebe in einen Zusammenhang bringen will.

Dennoch besteht eine feste und notwendige Verbindung zwischen Liebe und Wirklichkeit. Ist diese Wirklichkeit auch noch so roh: „Der Liebe Sehnsucht fordert Gegenwart“, sagt Goethe. Die Gegenwart ist der Boden, aus dem die Liebe erwachsen muß und ohne den die Liebe stets Traum bleibt.

Gestalte die Gegenwart! Bilde das Leben! Forme die Ordnung des Zusammenlebens! Das ist die Forderung, die „der Liebe Sehnsucht“ an dich stellt. Die Tat, aus der Wirklichkeit heraus der Liebe entgegen, ist der Liebe Werden. Und Opfer heißt der Schmerz, den dieser freudige Schicksal der Liebe erleidet. In der Tat, in der du dich schenkt, wird Liebe aus dem Heute heraus zur Freiheit geboren.

Treue.

Was es jemals in der Welt Kämpfe gegeben ohne Nebenlagen? Ob es sich um politische oder wirtschaftliche oder geistige Kämpfe handelt, es war stets ein Auf und Ab und Hin und Her. Nur die große Linie der Welt geht ununterbrochen. Und der trägt auch in der Niederlage die feste geistige Linie des Sieges in seiner Seele, der da lebt bis ins Tiefste von dem Glauben an den Sieg durchdrungen ist.

Uns nüchternen Menschen von heute fehlt leider zu sehr dieser große Glaube. Das Leben mit seinen Sorgen hat unsere Seele zerrissen und unser Denken zerstückelt, und so sehen wir immer nur Stücke und Fetzen des Lebens und Teile des Kampfes, statt aus einer großen umfassenden

Seele heraus all das Kleine, ob's gut oder schlecht, einzujügen in den einen großen Glauben an die Zukunft, der das eigentliche Kernstück alles gewerkschaftlichen Ringens ist.

Wer groß glaubt, der verrennt sich nicht in unaussprechliche schwere wirtschaftliche Augenblicke wie in Sackgassen, die den Blick verzerren. Der bleibt die Zähne zusammen und schaut mit stolzem Auge vorwärts, trotz alledem. Der trägt in seiner Brust das Weltgeschick. Der wächst in seiner Seele an Kraft und Größe. Der wächst zum Bewingener der Welt.

Wer wie ein Halm im widrigen Winde hin- und her-schwankt, der ist kein Kämpfer, mag er sein, wo er will. Nur trottsige Eichen halten stand. Sie bieten Trost. Sie sind die Kraft und der Sieg.

Die gewerkschaftliche Treue ist der lebendige geistige Saft, der der Organisation diese Kraft des Trostes und des Sieges gibt.

Jugendwohlfahrt.

In der Zeitschrift „Jugend und Beruf“ wird auf die vielseitigen Bemühungen hingewiesen, die in jüngster Zeit unternommen werden, um das Wohl unserer Jugend zu fördern. Uns interessiert besonders die Frage der Fürsorge für jugendliche männliche Wanderer, die auf der Tagung des Vereins für öffentliche und private Fürsorge im Oktober 1925 in Breslau beraten wurde:

In unserer Zeit der Wirtschaftskrisis sehen sich viele junge Leute notgedrungen verurteilt, wie in früheren Zeiten zum Wanderschaft zu greifen. Die Ursachen sind sehr verschieden. Zunächst wohl Arbeitslosigkeit und Mittellosigkeit der Eltern, die Erwerbslosen zu erhalten. Hinzu kommt vielfach die Wohnungsnot und die engen häuslichen Verhältnisse, die den Jugendlichen veranlassen, sein „Blut“ in der Fremde zu suchen.

In unserer Zeit ist das allerdings ein Wagnis, das in den meisten Fällen mißlingt. In den Obdachlosenheimen, den Herbergen zur Heimal und wilden Pennen erfahren dann die meisten Jugendlichen, daß mit der Poesie des Wanderns heutzutage nicht mehr viel los ist. Und so mancher, der seinen starken Willen besitzt und keine festen Grundzüge hat, gerät ab vom geraden Wege. Wir vermuten, daß die Zahl jener nicht klein sein wird, die dabei zugrunde gerichtet werden. Man hat nun vorgeschlagen, um eine Regelung des Wanderns zu erzielen, einen Wanderschein einzuführen, der auch zum Bezug von Erwerbslosenunterstützung berechtigt. Das wäre sicher eine

Maßnahme, durch die vielen Unglück vorgebeugt werden könnte.

Natürlich möchten die bürgerlich gerichteten Befürworter dieser Jugendwohlfahrtsprojekte diese Jugendfürsorge auch auf die geistige Beeinflussung ausdehnen. So wird eine gewisse Kontrolle verlangt durch Meldung des neuen Aufenthalts an das Jugendamt zur Erfassung der Wandernden, Ausdehnung der Bahnhofsmission auch auf die männliche Jugend, rechtzeitige Anwendung der Schutzhaft für gefährdete und verdächtige Jugendliche bei Begehung von Straftaten, bei Entlassung aus Unterbringungs- und Strafhaf, rechtzeitige Meldung an das örtliche und zuständige Jugendamt; engstes Zusammenarbeiten aller Stellen, die mit den Jugendlichen in Berührung kommen. Ausbau der Unterbringungs-möglichkeiten, Herbergen, Heime. Der Jugendliche darf niemals sich selbst überlassen bleiben, ohne daß man sich um ihn kümmert.

Man hat auf diese Weise zweifellos das Bestreben gezeigt, dem Problem der praktischen Jugendfürsorge näherzutreten. Ob diese Beratungen aber in absehbarer Zeit zu praktischen Ergebnissen führen, ist eine andere Frage. In der Theorie löst sich leicht über solche Probleme reden, in der Praxis kommt es auf die Tat an.

An Literatur über Jugendfürsorge, Jugendkunde, Berufsberatung und Berufsausbildung, Berufsschulen usw. ist kein Mangel, sie ist schon sehr umfangreich geworden, und das ist gut so, denn die Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Die Jugend muß reif werden, Gestalterin der künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsform zu sein, die der Menschheit ein besseres Dasein in ihrer Gesamtheit zu leben ermöglicht, als es in unserer Zeit der Fall ist.

Was anders ist's als Liebe und Weisheit, was überall atmet, wirkt und weht und alles bildet und alles belebt? Ihr Weisen, sagt, was sonst als Liebe ist dieser schöne Zusammenklang der Weisen, dieser allmächtige Drang, der Gleiches an das Gleich drückt? Du selbst, o Tugend, du höchste Höchste der Menschenlebe: was bist du als Liebe, du Gott in uns?

Lächst dich nicht vermeiden der Strauß, so fass' dich kühn das Schwert am Fellei, Im Angriff wachst dir die Kräfte, dem feigen Jaudrer gehn sie aus.

Geibel.

in der dem Berufungsgericht kürzlich vorliegenden Sache O. O. 158 1926 ausgeführt worden. Ansonst deckt sich die Ansicht des Gewerbegerichts auch mit der Entscheidung des Landgerichts Dresden, abgedruckt in der „Juristischen Wochenschrift“, 54 Jahrgang 1925, Heft 17, Seite 1911.

auf die die Kläger sich bezogen haben. Somit rechtfertigt der Anspruch aus dem Befristungspunkte des Annahmevertrags (§§ 615, 203 ff. BGB.). Es genügt das unbestrittene Vorliegen wörtlichen Angebots der Dienste, da die in § 205 BGB. ersichtliche Voraussetzung vorliegt und die Befristung die Annahme der Dienste unabweisbar vorher zurückgewiesen hatte.

Auch der zweite Einwand der Beklagten ist nicht haltbar. Wenn sie behauptet, daß sie mit dem Aussetzen für den 6. April eine Arbeitsfreistellung gemollt habe, so kann dieser Behauptung nicht gefolgt werden. Eine solche Freistellung voraus, daß der Arbeitgeber sich mit dem Betriebsrat vorher ins Benehmen setzt. (§ 74 ArbZG.) Aber selbst wenn unterstellt werden könnte, daß die Beklagte diese Arbeitsfreistellung, die sie tatsächlich nachher durchgeführt hat, auch im gegenwärtigen Falle beabsichtigt habe, so wäre auch für diesen Fall die Einhaltung der Kündigungsfrist Voraussetzung. Nun bestand zwar zwischen den Parteien eine mündliche Kündigung. Aber aus den gleich angeführten Urteilen und der gleich angeführten Befristungsbestimmung (§ 205 BGB.) ist auch hier wegen des Eintritts der Kündigung des Rechtsverhältnisses Zustimmung des Gegners erforderlich. Ansonst wird verwiesen auf die Ausführungen des Landgerichts Dresden an der angegebenen Stelle. In der Erklärung des Arbeitgebers, verführt zu arbeiten, liegt nach Ansicht der Kündigung. Das Ergebnis solch einseitiger Kündigungen bringt für den Arbeitnehmer schwebender Kündigungsfrist für diese Zeit und den Verlust des Einpruchsrecht nach § 84 ArbZG. Daher ist erforderlich, daß der Arbeitgeber sich mit besonderer Klarheit ausdrückt.

Mehr Initiative.

In dem Artikel betreffs Mitarbeit ist schon ausgeführt worden, daß die Weiterentwicklung und innere Festigung unserer Organisation in der Hauptsache von den Mitgliedschaften selbst abhängt. Wenn die älteren Elemente, die gewerkschaftliche Erfahrung und Schulung besitzen, sich verweigern, so wird die Verklammerung vorzeitig verkommen und die Abstimmlung stattdessen verfallen, bevor wichtige Abstimmungen stattgefunden haben, dann fällt auf sie selbst die Schuld, wenn wichtige Entscheidungen zugunsten einer tatsächlichen Minderheit ausfallen.

Solche Zustände entsprechen nicht der Würde alter, erfahrener Kampfgenossen, sie sind vielmehr ein trauriger Zustand, der unbedingt beseitigt werden muß im Interesse einer gedeihlichen Weiterentwicklung unserer Organisation. Eine kleine Gruppe, die auf dem Posten ist, pünktlich zur Stelle ist und ausfällt bis zum Schluß, beherrscht eben jede Situation, wenn die große Mehrheit teilnahmslos und gleichgültig zuseht und ihrerseits keinen Versuch macht, die Initiative zu ergreifen. Wer aufmerksam beobachtet, dem

kann nicht entgehen, daß die kommunistisch eingestellten Mitglieder unseres Verbandes auf Grund der Anweisungen, die sie erhalten und befolgen, in musterhafter Weise auf dem Posten sind und die Verhandlungen zu beeinflussen suchen.

In dieser Hinsicht können sie in der Tat zum Vorbild dienen.

Wer aber begriffen hat, daß die Gewerkschaften nicht dazu da sind, um als Experimentierinstrument für die kommunistische Partei benutzt zu werden, darf die Initiative nicht Personen überlassen, die in erster Linie parteipolitische Interessen verfolgen, denen die Verbandsinteressen nur Neben Zweck sind.

Bei allen Gelegenheiten, die sich bieten, Ortsversammlungen, Vertrauensmänner, Werkstatthaltern, Betriebsversammlungen und allen anderen Veranstaltungen müssen deshalb die Kollegen auf dem Posten sein, die auf dem Boden stehen, den unsere Verbandstage geschaffen haben. Auf dem Boden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sitz Amsterd.

Bei all den genannten Veranstaltungen müssen die Redner dieser Richtung vorher bestimmt werden. Das ist schon deshalb notwendig, damit sie sich mit der Materie, die behandelt werden soll, vertraut machen können und den Stoff beherrschen. Ohne genügende Vertrautheit mit den Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, kann man den Gang der Verhandlungen selten so beeinflussen, wie es im Interesse eines guten Verlaufs zum Nutzen des Verbandes erforderlich ist.

Ebenso notwendig ist es, sich schon im voraus möglichst darüber Klarheit zu verschaffen, welchen Standpunkt man zur Sache einnehmen kann und darf. Ist es wünschenswert oder auch unbedingt geboten, diesen Standpunkt nach außen hin in klarer Form zum Ausdruck zu bringen, so macht man das am besten in einer Entschließung oder Resolution, die man vorher kritisch auflekt und dann dem Bureau zur Beschlussfassung einreicht. Dies hat den Vorteil, daß alles, was erforderlich ist, vorher sehr reichlich und gewissenhaft überlegt werden kann.

Feder- und Schreibegebände sind natürlich auch imstande, solche Entschließungen zu formulieren, falls sie notwendig sind, auch wenn sie unvorberetet einer gegebenen Situation gegenüberstehen. Solche Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit muß man eigentlich bei jedem Verbandsfunktionär erwarten können. Wo sie noch nicht vorhanden sind, müssen solche Eigenschaften erworben und aneignet werden.

Zweck dieser Zeilen ist es, die Anregung zu geben, damit die schon sehr hart eingetretene Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber dem inneren Verbandsleben energig bekämpft wird.

Die Alten sind verpflichtet, hier nicht zurückzuflehen, schon um des Beispiels willen, das sie der Jugend durch ihr Verhalten geben. Das Alter, das kumpf und gleichgültig alles über sich ergehen läßt, gibt dem Nachwuchs kein gutes Vorbild. Deshalb: Erwähl! Entwidelt wieder mehr Initiative!

Korrespondenzen.

Berlin. Generaterversammlung vom 27. April. Der Vorsitzende Müller wies auf die Bedeutung des ersten Mai hin, dann wurde folgender Antrag angenommen: „Der erste Mai ist Weltfeiertag des internationalen Proletariats. Ganz besonders gilt es in diesem Augenblick, die Forderungen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. Deshalb ist die Generaterversammlung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilierverbandes der Auffassung, daß der Beschluß des Ortsausschusses Berlin des ADGB, die Matinee in Sälen abzuhalten, als verfehlt zu bezeichnen ist. Die Kollegen unserer Organisation werden sich darum, im Anschluß an die Maiversammlung in der „Neuen Welt“ an der Demonstration im Lustgarten beteiligen.“

Heinrich gab den Kassenbericht vom 1. Quartal 1926, der, wie üblich, gedruckt vorlag. (In Vertretung des Kassierers Kolb. Bröcher.) Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen 66 961,20 Mk. Lokalkasse: Bestand und Einnahmen 49 489,40 Mk., Ausgaben 13 771,57 Mk., bleibt ein Bestand von 35 717,83 Mk. Extrakonto: Bestand 239,85 Mk., Ausgaben 152 Mk. Mitgliederbestand: 4052 männliche und 569 weibliche.

Blume erstattet den Bericht vom Verbandstag in eingehender Weise. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es über das Verhältnis zwischen Vorstand und Ausschuß, ferner über die Art und Weise, wie der Streit in Offenbach begonnen und geführt wurde, sowie bei den Anträgen über die Rehabilitierung von Ebert und Weis. Der Ausschuß ist abgestraft, an seine Stelle tritt ein erweiterter Vorstand. Die Mitglieder desselben werden in den Sälen gewählt. Der engerer Vorstand führt die Geschäfte, er besteht aus den drei angestellten Vorstandsmitgliedern und fünf unbesoldeten Beisitzern. Die unbesoldeten Vorstandsmitglieder schlägt die Ortsverwaltung Berlin vor, gewählt werden sie vom Verbandstag, ebenso deren Stellvertreter. Der Verbandstag hat die Wahl für dieses erstmalig bereits vorgenommen. Der Antrag Berlin, die Internationale Offensiv des Weltproletariats und die Arbeiterklasse betreffend, wurde im ersten Teil angenommen. Im zweiten Teil wurde dahin geändert, daß jedes Verbandsmitglied verpflichtet ist, die Beschlüsse der Amsterdamer Internationalen durchzuführen.

An der Aussprache beteiligten sich zunächst die Kollegen Fleischer und Eichen, welche weder mit den Beschlüssen des Verbandstages noch mit dem Verhalten der Berliner Delegierten einverstanden sind. Ihnen trat Hoffmann entgegen, der die Beschlüsse sowohl wie das Verhalten der Berliner Delegierten rechtfertigt. Bei seinen Ausführungen macht sich eine große Unruhe bei der Opposition bemerkbar. Dann sprach Müller, der verlangt, daß die Anträge zum Verbandstag vorher veröffentlicht werden. Inzwischen waren auch verschiedene Entschließungen von der Opposition eingebracht worden. Nach dem Schlusswort von Blume wurde folgende Entschließung von den noch anwesenden Kollegen, gegen eine größere Minderheit angenommen: „Die Kollegen und Kollegen des Verbandes der Sattler-, Tapezierer und Portefeuilier-

Ordnungswaltung Berlin, sind der Auffassung, daß die auf dem Verbandstag in Hamburg gefassten Beschlüsse keinesfalls den gegebenen Erwartungen entsprechen. Anstatt sich mit der Wirtschaftsdemokratie, dem brutalen Vorgehen der Kapitalisten zu beschäftigen und darüber zu beraten, welche Mittel anzuwenden sind, den Angriffen die Spitze abzubrechen und damit den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse sicher zu stellen, hat man vorgezogen, die Opposition in der schärfsten Weise zu bekämpfen. Auch die Berliner Delegation hat sich an dem Vorgehen beteiligt. Das ist auf das Schärfste zu mißbilligen.

Auch der Beschluß des Verbandstages, die Ausschüsse der früheren Kollegen Ebert und Wels als nicht geeignet zu betrachten, kann von der Berliner Kollegenchaft als maßgebend nicht angesehen werden. Der Kollege Wils hat das sehr zweifelhaft Verdienst sich erworben, unerschrocken für diesen Beschluß sich einzusetzen, deshalb ist sein gesondertes Vorgehen, im Gegensatz zur Gesamtaufstellung der Berliner Delegation, ganz entschieden zu verurteilen.

Die Reorganisation des Zentralvorstandes ist nicht bittend von dem Willen, die praktische Arbeit zu vereinfachen, sondern hat nur das ausschließliche Leitmotiv, die Opposition aus demselben zu entfernen und völlig auszuschalten. In derselben Linie liegt die Vertagung des Verbandesausschusses. Die Kollegenchaft der Berliner Ortsverwaltung hat ihre Delegierten nicht ermächtigt, auf dem Verbandstag bestimmte Vorschläge für die Wahl der unbefähigten Mitglieder zum Zentralvorstand zu machen. Eine derartige Wahl widerspricht allen Grundsätzen der Demokratie und muß den schärfsten Protest hervorrufen.

Der Zentralvorstand wird deshalb aufgeföhrt, bei Stattfinden des nächsten Verbandstages die Anträge (vor den Wahlen der Delegierten und Vorbereitungen des Verbandstages) den Mitgliedern zur Kenntnis und Diskussion zu unterbreiten.

Der Verbandsvorsitzende Kollege Blum stellte richtig, daß die Anträge stets wochenlang in der Verbandszeitung, vor Stattfinden des Verbandstages, veröffentlicht werden^{*)}.

Dann sprach Koll. Müller über die Ausführung der Beschlüsse des Verbandstages hinsichtlich der beschlossenen Beitragsregelung, die auch eine Neuregelung der Lokalzuschüsse erforderlich machte. Die Zuschüsse für die verschiedenen Klassen wurden befristungslos und angenommen, worauf die bereits statt gefasste Verammlung geschlossen wurde.

Johann Hoffmann.

Breslau. Die am 6. Mai im Gewerkschaftshaus tagende Funktionärerversammlung befaßte sich mit den Lokalzuschüssen zu den vom Verbandstag festgesetzten Beiträgen. Nach längerer Debatte wurde eine Einigung erzielt, zu welcher aber erst noch die Genehmigung des Zentralvorstandes nachgeschickt werden muß.

Als Kandidat für den erweiterten Vorstand wurde Vorsitzender R. Klemm vorgeschlagen. Hr. Friedrich gab bekannt, daß laut Beschluß der letzten Vollversammlung am Sonntag, den 11. Juli, ein Familienausflug stattfindet. Lokal: „Erholungsstätte“ am Zimpfer Weg.

R. K.

Dortmund. Der Delegierte Kollege Borgmann gab den Bericht vom Verbandstag. Die Aussprache erstreckte sich nur auf die neuen Beitragsätze, wobei sich eine große Unzufriedenheit zeigte. Finanziell glaubt den Grund der Erhöhung in den hohen Verwaltungskosten zu finden. Deshalb stellt er den einzelnen Verwaltungsteilen größte Sparsamkeit anheim. Er befürchtet, daß der Mitgliederzuwachs durch die Erhöhung noch mehr zunimmt, besonders deshalb, da es an genügendem Organisationsgeist der Mitglieder innerhalb unseres Ortsbereiches fehlt. Diese Befürchtungen werden mehrfach geteilt. Die Kollegen Borgmann und Werderhaus treten diesen Anschauungen energisch entgegen. Die nachträglichen der neuen Beitragsätze und erklären, eine Organisation sei schlagfertiger, wenn sie finanziell gut fundiert ist. Besteres ist jedem verständlich, doch eine derartige Erhöhung der Beiträge kann sich ein Teil der Mitglieder nicht erklären. Ein Antrag, den Lokalbeitrag auf 10 Pf. festzusetzen wird angenommen.

Hänel.

Offenbach a. M. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung, die am 27. April, 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfand, nahmen die Mitglieder unserer Verwaltungskomitee den Bericht unserer Delegation vom Verbandstag in Hamburg entgegen.

Kollege Galm berichtete in 14stündiger Ausführung über die in Hamburg gefassten Beschlüsse und begründete die Haltung der Offenbacher Delegation dazu. Seine Schilderung der gegen die Offenbacher Delegation auf dem Verbandstag geübten Vergewaltigung lösten die einhellige Entschlossenheit der Versammelten aus, die sich in kräftigen Zwischenrufen ergingen. Die lebhafteste Diskussion nach dem Referat zettelte nachstehende Resolution, die gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung angenommen wurde. (Anwesend über 700 Mitglieder.)

Entschließung:

Der hamburger Verbandstag hat eine Reihe einschneidender Neuerungen und Beschlüsse gebracht, die für die Mitgliederchaft von weittragender Bedeutung sind.

Die Mitgliederversammlung Offenbachs stellt sich nach eingehender Kenntnis des Berichts der Delegierten vollinhaltlich hinter diese und protestiert aufs entschiedenste gegen die Art der Behandlung der von der Mitgliederchaft gestellten Anträge und deren Vertreter.

Die Mitgliederchaft Offenbachs erklärt, daß sie nicht gemein hat mit den Taten für die Wirtschaftsdemokratie des DGB, und protestiert weiter gegen die Aufhebung des Verbandesausschusses — der Behauptung, daß der Verbandsmittglieder.

Die Aufhebung der Ausschüsse von Wels und Ebert, die vor Jahren mit Zustimmung der Gesamtmitgliederchaft aus dem Verbandsausgewiesen wurden auf Grund ihrer verräterischen Haltung der Arbeiterklasse gegenüber, bedeutet

^{*)} Anm. d. Red. Die Anträge sind rechtzeitig in Nr. 8 vom 20. Februar veröffentlicht worden, sechs Wochen vor Beginn des Verbandstages.

eine Provokation und Beleidigung der gesamten Mitgliederchaft.

Die Offenbacher Mitglieder fordern deshalb Aufhebung dieser unerhörten Beschlüsse.

Entschieden Verwahrung legt die Versammlung dagegen ein, daß die Delegierten zum Gewerkschaftstages 1928 nicht mehr durch die Mitgliederchaft, sondern durch den erweiterten Vorstand gewählt werden sollen. Dieser Beschluß steht im direkten Gegensatz zu den Behauptungen des Kollegen Blum, daß der Vorstand eine erweiterte demokratischere Grundlage erhalten sollte.

Die Beschlußfassung in bezug auf Beitragsleistung hatten die Mitglieder Offenbachs in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die allgemein schwere Belastung der Arbeiter für untragbar.

Am zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Antermann einen Bericht über den Verlauf der in Frankfurt stattgefundenen Tarifverhandlungen. Da die Verhältnisse zurecht noch ganz unklar sind, erbrigte sich eine Diskussion über diese Frage. Kollege Galm schloß um 19 Uhr die Versammlung mit einem Appell an die bis zum Schluß aufmerksam aussharrenden Kollegen, trotz aller berechtigten Verstimnungen und Widerstände fest auszuhalten und mitzuwirken am Ausbau der Organisation.

Theodor Antermann.

Anmerkung: Kein Delegierter hat die Zeit des Verbandstages in so rücksichtsloser Weise in Anspruch genommen und keinem ist soviel Redefreiheit gewährt worden wie dem Kollegen Galm. Wenn er da noch die Seiten befristet von Vergewaltigung zu reden, so überlassen wir das Urteil getroßt allen Teilnehmern des Verbandstages, über solche Methoden, sich als die verfolgte Unschuld zu gerieren. Galm hat 16mal geredet, einmal eine halbe Stunde auf besonderen Wunsch und dann fast immer die Redezeit überschritten, nebstbei auch noch durch fortwährende Zwischenrufe die Verhandlungen erschwert.

Offenbach a. M. Am 5. Mai tagten unsere Funktionäre, um ein Referat des Gewerkschaftsleiters Kubinski über den „Kampf der englischen Bergarbeiter“ entgegenzunehmen. Die Ausführungen des Referenten zeigten von eingehender Sachkenntnis der Materie und wurden mit Interesse von über 150 Anwesenden gehört. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen und die Verbandsleitung beauftragt, dieselbe den in Frage kommenden Instanzen zuzuteilen.

Entschließung:

Die außerordentlich stark besuchte Funktionärerversammlung des hiesigen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes, die 400 Arbeiter vertreten, sprechen den englischen kämpfenden Arbeitern die vollste Solidarität aus und fordern von allen in Betracht kommenden Instanzen, Gewerkschaftsarten, Zentralvorstand und DGB, die sofortige Einleitung von durchgreifenden Hilfsaktionen.

Die Versammlung drückt ihr Befremden darüber aus, daß der DGB die heute noch nichts in dieser Richtung unternommen hat.

Anschließend gab Kollege Galm bekannt, daß der in Frankfurt ausgearbeitete Tarifvertragsentwurf von den Unternehmerverbänden einstimmig abgelehnt sei und wir deshalb zurzeit ohne Vertrag sind. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, es gelte unter allen Umständen, die Ruhe zu behalten und jeden etwaigen Versuch der Unternehmer, in den Betrieben die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen, in äußerster Beschlossenheit abzulehnen.

Die darauf folgende Beratung der Lokalzuschüsse zu den neuen Beiträgen löste eine umfangreiche Debatte aus. Die Ortsverwaltung wurde von den Funktionären ermächtigt, zur Deckung der durch die Beitragshebung entstehenden Kosten die entsprechenden Zuschüsse zu den Zentralbeiträgen zu erheben. Eine diesbezügliche Vorlage der Ortsverwaltung fand einstimmige Annahme.

Theodor Antermann.

Mühlhausen i. Th. Am 3. Mai fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Beschlußfassung über die neue Beitragsregelung wurde eingehend behandelt. Eine heftige Aussprache legte ein gegen das Für und Wider. Die meisten Kollegen sprachen sich gegen die Beschlüsse des Verbandstages aus. Es wurde bemängelt, daß gerade jetzt bei der großen Arbeitslosigkeit und dem Lohnabbau, der überall getrieben wird, eine Beitragsregelung stattfindet, da doch die kleinen und mittleren Filialen einen sehr niedrigen Stundenlohn haben gegenüber größeren. Das sei nicht genügend berücksichtigt worden. Auch sprach man über die hohen Gehälter der Gewerkschaftsbeamten. Troßdem kam eine Einigung zustande. Es wurde beschlossen, daß für Mühlhausen der Höchstbeitrag bei 80 Pf. geleistet werden soll. Lokalzuschlag wird nicht erhoben. Walter Kleinhardt.

Rundschau.

Alle Länder für die englischen Arbeiter!

(DGB.) Troßdem bereits im Jahre 1919 eine britische Regierungskommission in ungelieblichen Worten im sog. „Santer-Bericht“ auf die schlechte Organisation der englischen Bergbaubetriebe hinwies, das Prinzip der Verstaatlichung zur Annahme empfahl und die Verstaatlichung der Gruben mit triftigen Gründen befristete, hat es die englische Regierung unterlassen, entsprechende Maßnahmen zu treffen oder auf die Bergherren den nötigen Druck auszuüben, um wirksame betriebstechnische und organisatorische Änderungen herbeizuföhren. Anstatt im gegenwärtigen Konflikt den annehmenden Bergherren zuzurufen, daß sie für ihre Verhältnisse selbst aufzukommen haben, und den Arbeitern beizustehen, die all die Jahre nicht müde wurden, auf alle Ungünstigkeiten und die notwendigen Umstellungen hinzuweisen, schlägt sich nun die englische Regierung unter einem wichtigen Vorwand auf die Seite der Unternehmer. Sie gibt vor, die Interessen der Gesamttheit zu verteidigen, nachdem sie die vergangenen acht Monate, während welcher sie den Bergbau in unwirtschaftlicher

Weise unterließ, zusehnte und wiederum eine Kommission einsetzte, die ebenfalls zum Scheitern kam und kommen mußte, daß die Industrie schlecht arbeitet und besser organisiert werden kann.

Die Arbeiterkraft der ganzen Welt hat das größte Interesse daran, die englischen Arbeiter in ihrem Kampf zu unterstützen. Die britische Regierung hat bis jetzt nichts getan, als daß sie aus den Steuergeldern der Arbeiter ihren eigenen Bergherren Subventionen zahlte, und damit die Existenzmöglichkeiten der Arbeiter des Kontinents herabdrückte. Denn es ist u. a. die durch die Subventionen ermöglichte Konkurrenz der britischen Bergherren, die dazu beigetragen hat, daß auf dem Kontinent Tausende von Bergarbeitern brotlos wurden und zahlreiche Gruben geschlossen werden mußten.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist eine Gelegenheit aller! Zum ersten Male in der Weltgeschichte haben die Gewerkschaften eines Landes ihrer Landeszentrale in der Führung eines Kampfes um berechtigten Forderungen einer Berufsgruppe weitestgehende Befugnisse erteilt. Der zentralen nationalen Führung muß die vereinigten internationale Hilfe zur Seite gehen, moralisch und finanziell. Dies ist die Voraussetzung des Sieges der englischen Arbeiter, der bei einmütiger Hilfestellung eine Kräftigung der Bewegung aller Länder bedeuten wird.

Aus diesem Grunde hat sich der Internationale Gewerkschaftsbund an alle angeschlossenen und befreundeten Organisationen und Länder gewandt und sie aufgefordert, im Hinblick auf die zu erwartenden Kompensationen sofort alle Maßnahmen zu treffen, um, sobald es nötig wird, moralische und finanzielle Hilfe leisten zu können.

Bücherchau.

Kulturwille. Die Aprilnummer trägt den Titel „Wohnen und Bauen“. Während sich die Arbeiterklasse in ihrem wirtschaftlichen und politischen Kampfe bewußt in den Gegensatz zur bürgerlichen Klasse stellt, ist der einzelne Arbeiter in seinem persönlichen Leben zumeist selbst ein Bourgeois. Es ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbildung, den Arbeiter zu einer ihm entsprechenden einfachen und daher schonen Lebensgestaltung zu erziehen. Auf dem Gebiete der Wohnungskultur bringt die letzte Nummer des „Kulturwille“ manche praktische Anregung. — Die Nummer wird eingeleitet mit einem erschütternden Bericht von Victor Roud: Was das Volk an der Wohnungsnot leidet. Des weiteren finden wir Artikel über Bauhüttenbewegung, Siedlungsbau usw. Der bekannte Magdeburger Architekt Bruno Laut schreibt über „Die Frau als Schöpferin der neuen Wohnung“. — Wir weisen unsere Leser immer wieder darauf hin, den „Kulturwille“ zu lesen. Der billige Preis eines Jahresabonnements von 2,40 Mk. für die wertvollen Beiträge und reichhaltigen Nummern ist so niedrig gehalten, daß es den meisten Arbeitern ermöglicht wird, den „Kulturwille“ zu besitzen. Probenummern werden auf Wunsch gern gratis geschickt. Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Sonnenstraße 17.

Richard Wolft: Die Arbeitswelt der Lohnarbeiter. Herausgebracht vom Bicherkreis als letztes Werk. Wolft schildert das Wesen und Werden der modernen Lohnarbeit vom Anfang ihrer Entwicklung bis zur heutigen Gestaltung. Ein interessantes Buch, dessen lehrreicher Stoff wirksam durch anschauliche Bilder illustriert wird. Beitragserkfahrungen zum Bicherpreis: Berlin SW 61, Berliner Alliance-Platz 6.

Dr. Rich. Siebenberg: Jugend und Beruf. Eine Monatschrift zur Förderung der beruflichen Ausbildung Jugendlicher. Monatschrift vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelhefte 1,50 Mk. Heymanns Verlag, Berlin, Mauernstr. 44.

Verlagsgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Inselstr. 6: Die Arbeit. Heft 4. Preis für Gewerkschaftsmittglieder 2,40 Mk. pro Vierteljahr. Kein Gewerkschafter kann dies Organ für Politik und Wirtschaftslunde missen.

Im gleichen Verlag erschien: **Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik.** Der Inhalt beschäftigt sich mit den Ursachen der Wirtschaftskrisis und macht Vorschläge zur ihrer Beseitigung auf den verschiedenen Gebieten unserer Wirtschaft.

Lohnbewegungen und Streiks.

In Oradea-Mare-Großwardeln, Rumänien, streben die Lohnarbeiter und Lebergalanteriearbeiter eine Lohnbewegung.

Zugang ist streng fernzuhalten.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 9. bis 15. Mai ist der 10. Weltkongress taglich.

Ohne Pflicht keine Rechte! Pünktliche Beitragszahlung ist jetzt doppelt Pflicht!

Warnung. Der Tapezierer Heinrich Seeling aus Döbeln verliert im Rheinland den Kollegen Gerdewerkschmideln. Seeling, der keine Papiere vorzeigt und seinen Verbandsbuch nicht in Brüssel, wo er ausgestellt worden wäre, ist jüra 35 bis 40 Jahre alt und holländisch. Es ist auch möglich, daß er ohne Sprachfehler auftritt.

Sterbetafel.

Offenbach a. M. Am 2. Mai verstarb unser Mitglied der Sattler Friedrich Diezel, 21 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken.